

Gastbeitrag. Heute beginnen Ermittlungsverfahren mit Paukenschlag - je bekannter der Verdächtige, desto lauter der Schlag.

Hängt sie höher!

VON GEORG VETTER

Das Ermittlungsverfahren ist nicht öffentlich - so steht es im zwölften Paragraphen der Strafprozessordnung. Als diese Bestimmung erfinden wurde, konnte sich kaum jemand vorstellen, dass sie - im Zeitalter des weltweiten Netzes - totes Recht sein würde. Damals nahm man es mit dem Schutz der Beschuldigten, der Unschuldsvermutung und den Grundsätzen eines fairen Verfahrens noch genauer. Heute ist das anders.

Heute beginnen Ermittlungsverfahren mit einem Paukenschlag - je exponierter der Verdächtige, desto lauter der Paukenschlag. Nicht nur die Namen der Verdächtigen werden unmittelbar in die Öffentlichkeit getragen, sondern auch die Zwangsmaßnahmen wie Hausdurchsuchungen oder Sicherstellungen von elektronischen Geräten werden den Medien verwertungsgerecht serviert. Wenn schließlich auch die urteilsähnlich formulierten Anordnungsanträge von einem Richter stampilienmäßig übernommen werden, zeigt die Staatsanwaltschaft eine Erstschnellkapazität, die alle Theorien über eine prozessuale Waffenleichheit zwischen Staatsanwaltschaft und Verteidigung a priori konterkariert.

Exponierte Beschuldigte

Wenn der Staat seine Beschuldigten derart exponiert, dass manche binnen Tagen ihren Job verlieren, hat das mit einem fairen Verfahren nichts mehr zu tun. Die verfassungsrechtlich abgesicherte Unschuldsvermutung ist bis zur Unkenntlichkeit abgedroschen. Für eine eben noch regierende Gruppe von mehr und minder begabten PR-Profis, die aus ihrer Skepsis gegenüber der Juristerei nie ein Hehl gemacht haben und nun die Rechnung präsentiert bekommen, erscheint sie aufgehoben. Dank des jederzeit aufrufbaren Internets können sie knopfdruckartig an den Pranger gestellt werden. Der Menschenrechtsgerichtshof wird sich beim üblichen Tempo unse-

rer Strafjustizbehörden hierzu erst knapp vor 2040 äußern können - wenn der soziale und ökonomische Tod schon längst eingetreten sein wird.

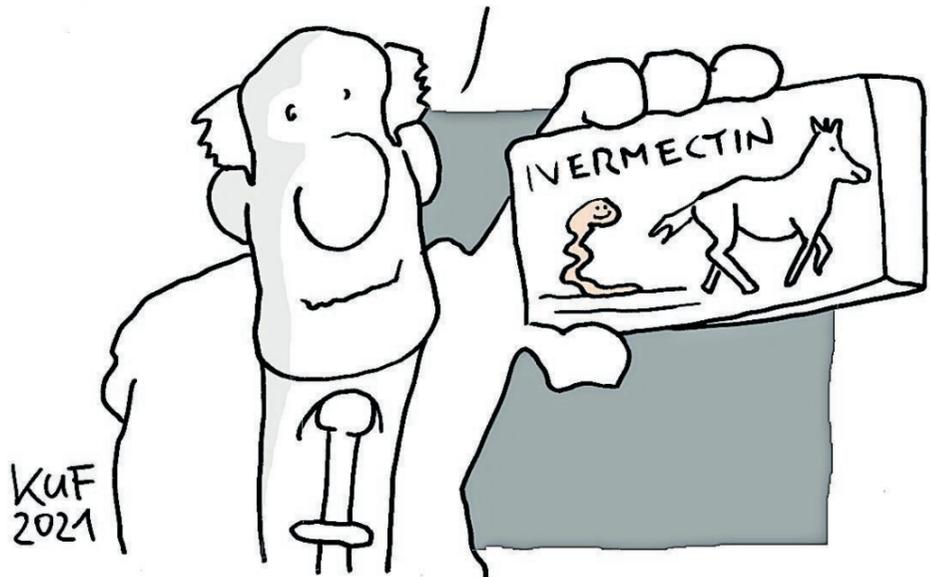
Während die publikumswirksamen Demütigungsrituale eher an die Persönlichkeitsrechte Nordkoreas als eines zivilisierten europäischen Landes erinnern, werden die Persönlichkeitsrechte der Nordkoreaner hierzulande allerdings durchaus hochgehalten. So hat die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft gegen den ehemaligen Leiter der Spionageabwehr im BVT beim Straflandesgericht einen Prozess angestrengt, weil dieser nordkoreanische Bürger in Österreich observieren ließ. Da das temporäre Verlassen von Nordkorea ohne kommunistische Parteitreuende denkbar ist und sich das Land hinsichtlich seiner Friedensliebe eher eines zweifelhaften Rufs erfreut, erscheint das Ansinnen des Verfassungsschutzes für einen mit den rechtlich geschützten Werten verbundenen Österreicher nachvollziehbar. Mag sein, dass der Beamte eine Nachfrage beim Rechtsschutzbeauftragten in der Hitze des Gefechts vergessen hat - das soll allerdings der WKStA in der Causa des beiseitegetretenen Bundeskanzlers auch passiert sein. In einer durch und durch überregulierten Welt stolpern manchmal auch die saubersten Korruptionsbekämpfer der Republik über die Fallstricke des Paragrafendschungels.

Wenn die Staatsanwaltschaft einen solchen Fauxpas zu Anlass für ein Amtsmissbrauchsverfahren nimmt, erinnert so viel Begriffsjurisprudenz an Friedrich Nietzsche: „Wer mit Ungeheuern kämpft, mag zusehen, dass er nicht selbst zum Ungeheuer wird. Und wenn du lange in einen Abgrund blickst, blickt der Abgrund auch in dich hinein.“

Dr. Georg Vetter (* 1962) ist Rechtsanwalt. Er war Mitglied des Teams Strohach, wechselte 2015 in den Parlamentsklub der ÖVP und schied im November 2017 aus dem Nationalrat aus.

E-Mails an: debatte@diepresse.com

FÜR EINE
GESUNDE WIRTSCHAFT!



Wem dient die Wirtschaft? Uns allen hoffentlich!

Agenda 2030. Ein wachstumsorientiertes (Wirtschafts-)System gefährdet das menschliche Wohlergehen. Es braucht Alternativen - am besten jetzt.

VON FRIEDRICH HINTERBERGER,
HELGA KROMP-KOLB,
CHRISTIAN KOZINA, REINHOLD
LANG, NATHALIE SPITTLER

Es sei die Wirtschaft, die alles andere bestimmt. Mit diesem Slogan hat Bill Clinton vor 30 Jahren seine erste Wahl zum Präsidenten der USA gewonnen. „Geht's der Wirtschaft gut...“ - so wird der Spruch diesseits des Atlantiks gern abgewandelt. In Österreich beeinflussen die Aktivitäten der mehr als 500.000 Unternehmen mit 4,3 Mio. Erwerbstätigen ganz ohne Zweifel, ob und wie gut die 17 globalen Nachhaltigkeitsziele (SDGs) erreicht werden.

Zur Wirtschaft gehören aber auch staatliche und nicht profitorientierte Akteure, die Güter und Dienstleistungen anbieten und nachfragen, Menschen beschäftigen und natürliche Ressourcen dabei einsetzen. Ein Primat der Wirtschaft über andere gesellschaftliche Ziele widerspricht hingegen dem Geist der „Agenda 2030“, auf

die sich alle Staaten der Welt 2015 geeinigt haben.

Statt eines gesellschaftlichen Teilsystems, das durch die Bereitstellung von Gütern und Dienstleistungen zur Befriedigung der menschlichen Bedürfnisse beiträgt, ist die Wirtschaft zum dominanten Teilsystem der Gesellschaft geworden - und das quantitative Wirtschaftswachstum zum dominierenden Ziel, welches nur durch stetig wachsende Märkte und steigenden Konsum erreicht werden kann. Über das Wirtschaftssystem werden Güter und Dienstleistungen und damit auch Ressourcen, Geld und Arbeit verteilt. Ungleiche Verteilung führt zu Markt- und somit Machtkonzentrationen bis hin zu Monopolen, die das Funktionieren der Marktwirtschaft und den sozialen Frieden insgesamt gefährden.

Das reichste Prozent der Österreicher besitzt inzwischen rund 40 % des Nettovermögens; damit steht Österreich - gemeinsam mit Deutschland - in der Eurozone an der Spitze der Ungleichverteilung.

Die negativen Folgen können durch Reformen für sozial gerechtere Arbeitsbedingungen gemildert werden. Um aber die eskalierenden Rückkopplungen einzubremsen, sind andere, erprobte Instrumente erforderlich. Hierzu zählen die Besteuerung sehr großer Vermögen, Erbschaftssteuern mit Freibeträgen für kleinere Erbschaften und Ober- und Untergrenzen für Löhne und Gehälter.

In einem marktwirtschaftlichen System, das Unternehmen große Freiheiten einräumt, müssen die rechtlichen Rahmenbedingungen so gestaltet sein, dass sie negative ökologische und soziale Auswirkungen verhindern. Neben Selbstverpflichtungen der Unternehmen sind daher Verbote und Gebote bzw. Pönalen sowie finanzielle Anreize in Form von Steuern oder Förderungen sinnvoll.

Materieller Mangel konnte im herrschenden System deutlich verringert, aber nicht behoben werden. Auf anderen Ebenen sind dafür Probleme entstanden, die

PIZZICATO

Unhappy Birthday!

Dieser Tage feiert das Coronavirus, mutmaßlich entstanden durch In-vitro-Fertilisation in einem chinesischen Labor, seinen 2. Geburtstag. Was schenkt man also jemandem, der schon alles hat? Nun, das Virus selbst wünscht sich noch mehr von diesen Landeshauptleuten. Jede Menge Corona-Parties natürlich. Und Impfgegner-Demos. Ein wahrer Jungbrunnen! Wie der Fisch im Wasser fühlt es sich da, das Virus. Und macht viele Wellen! Eine Krone zum Geburtstag kriegt der Zweijährige auch. Wobei - nein, die hat er ja schon. Ein paar neue Spikes für den Winter sind aber jedenfalls drin.

Es waren jedenfalls zwei aufregende erste Jahre. Fantastisch, wie die Politik immer ein paar Schritte hinterhergehechelt ist! Ein großer Spaß war das, als die Politiker von Land A auf Land B zeigten, wie schlecht dieses denn im Vergleich zum eigenen da stünde. Wenig später stand Land A dann genauso schlecht da. Und die Journalisten von Land B, die auf Land A zeigten, das doch um so vieles besser da stünde als das eigene. Wenig später stand das andere genauso schlecht da. Und dann erst die Impfung - huch, hatten sie ihm damit einen Schrecken eingejagt, dem kleinen Virus! Aber so schlimm war es dann auch wieder nicht. „Kein Lockdown für Geimpfte“ war doch nur ein Märchen. (oli)

Reaktionen an: oliver.pink@diepresse.com

LESERPOST

Leserbriefe bitte an:
Die Presse, Hainburger Straße 33,
A-1030 Wien oder an
leserbriefe@diepresse.com

Bewunderer Vengerovs

„Ein Geiger auf der Suche“ von *Walter Gürtelschmied*, 17. 11.

Ich habe das Konzert nicht gehört, gehöre aber zu den Bewunderern von Maxim Vengerov, dessen phänomenale Geigenkunst 2007 durch eine Verletzung, die ein Zittern seiner Hände zur Folge hatte, jäh unterbrochen wurde. Er hat sich zurückgekämpft, was in der „Presse“ in Rezensionen von Wilhelm Sinkovicz, „Ein Konzert für Hörer, die auf Zugaben warten“ (30. 9. 2014), und Walter Weidinger, „Geigenkontur im Klangnebel“ (28. 9. 2016) sowie „So grüblerisch kann Brahms klingen“ (17. 5. 2017), nachzulesen war. Keine Erwähnung dessen in der Kritik Walter Gürtelschmieds, der Vengerov im

„authentischeren“ und „applaus-treibenden“ Teil des Konzerts nach der Pause zwar „geigerische Attacke“ aus der „Kitschkiste“ attestiert, ihn aber als „Rattenfänger“ abkanzelt. Gleich nach dieser abendlichen Lektüre habe ich mich vom Rattenfänger mit Violinkonzerten von Max Bruch und Felix Mendelssohn ins Reich der Träume verführen lassen.

Hannes Tretter, 1010 Wien

Die SPÖ ist nicht in die Falle getappt

„SPÖ: Erholt, aber (noch) nicht gesund“, *GK von Peter Pelinka*, 17. 11. Ich stimme dieser Analyse weitgehend zu, nur in einem Punkt nicht:

Die SPÖ (konkret: Jörg Leichtfried, Pamela Rendi-Wagner) ist erfreulicherweise nicht in die Falle getappt, die ihr der ORF und andere Medien immer wieder stellen: sich nun als erste und einzige Partei dezidiert für einen Total-Lockdown auszusprechen, nachdem schwarz regierte Bundesländer seit Wochen völlig verant-

wortungslos in der Pandemiebekämpfung agiert haben und die Bundesregierung sie dabei gewährleisten lässt. Die Negativ-Schlagzeilen wären der SPÖ natürlich sofort sicher: „SPÖ will auch Geimpfte wieder einsperren und die Wirtschaft ruinieren.“ Angesichts der explodierenden Infektionszahlen wird ein Total-Lockdown wahrscheinlich nicht vermeidbar sein, aber diese Suppe sollen dann jene Parteien auslöffeln, die sie dem Land eingebrockt haben!

Die SPÖ hat schon bisher das meiste beizutragen versucht, um „einen Weg aus der größten Krise Österreichs seit 1945 zu weisen“: Die Bundesregierung „lebt“ im Prinzip von vielen Empfehlungen Rendi-Wagners, die aber leider meist zu spät umgesetzt werden; und dass weder die Regierung noch manche schwarze LH auf die Erfahrungen von Wiens Bgm. Ludwig bei einer einigermaßen erfolgreichen Pandemiebekämpfung zurückgreifen wollen, kann man nicht der SPÖ ankreiden!

DI Peter Steckler, 1050 Wien

mit erhöhtem Konsum nicht zu lösen sind. Im Gegenteil: Das vorherrschende wachstumsorientierte, (finanz-)kapitalistisch getriebene Wirtschaftssystem gefährdet mittlerweile das menschliche Wohlergehen und führt durch seine hohe Ressourcenintensität zur Übernutzung der Natur, und das Auseinanderdriften von Real- und der Finanzwirtschaft löst periodisch Finanz- und/oder Wirtschaftskrisen aus.

Ziele neu definieren

Eine neue nachhaltige Wirtschaftsordnung bedeutet zuallererst, dass die Ziele des Wirtschaftssystems neu definiert werden und die Erreichung dieser Ziele einem ständigen Monitoring unterliegt. Während das Bruttoinlandsprodukt (BIP) nur den von Märkten gehandelten Output misst, sollte ein solches Maß auch öffentliche Güter und Dienstleistungen, Gemeingüter, genossenschaftliche, solidarische und tauschlogikfreie Netzwerke, Subsistenzstrukturen (Haushalte, Bauernhöfe, Hofgemeinschaften, Ökodörfer) sowie die Überschreitung der ökologischen und sozialen Grenzen angemessen erfassen. Es gibt bereits zahlreiche Vorschläge, wie eine Messung der Wirtschaft und des wirtschaftlichen Fortschritts aussehen könnte, die über das BIP beziehungsweise BIP-Wachstum hinausgeht. Es wäre insofern nur konsequent, Fortschritt v. a. als Verbesserung im Sinne der SDGs zu bewerten, also etwa Bildung und Gesundheit, Zustand der Umwelt, Arbeitslosigkeit und die Verteilung von Einkommen und Vermögen in die Betrachtung einzubeziehen. Dem Prinzip der Kostenvahrheit kann darüber hinaus eine ökosoziale Steuerreform dienen, die CO₂-Preise zusätzlich zu den bestehenden Energiesteuern und -abgaben mit einer Rückverteilung der CO₂-Steuereinnahmen verbindet, die neben den Haushalten auch besonders nachhaltige Unternehmen zielgerichtet entlastet.

Das Ziel eines guten Lebens für alle innerhalb der ökologischen, planetaren Grenzen erfordert entsprechende mikroökonomische

(unternehmerische und finanzwirtschaftliche) Aktivitäten und einen makroökonomischen (politischen) Rahmen und Berücksichtigung übergeordneter öffentlicher staatlicher Interessen. (Siehe dazu Artikel 3 dieser Serie vom 12. November.)

Die unerwünschten Folgen der geltenden Wirtschaftsordnung haben alternative Ansätze entstehen lassen, etwa neue Genossenschaften, Community Supported Agriculture, Repair Cafés, Kleider-tauschbörsen, Verschenkläden und Food Coops, aber auch Wissensplattformen wie Wikipedia, die sich der strengen Marktlogik entziehen. Alternative Versicherungs- und Bankenmodelle sind im Entstehen. Die Aufwertung unbezahlter Arbeit bspw. von Pflege und Erziehung kann dazu einen wichtigen Beitrag leisten.

Dahinter gibt es mittlerweile auch eine Vielzahl an integrativen Wirtschaftskonzepten, die soziale und ökologische Rahmenbedingungen berücksichtigen. Moderne Verständnisse der Bioökonomie und Circular Economy (Kreislaufwirtschaft) integrieren auch soziale Fragestellungen, wie etwa die ökosoziale Marktwirtschaft und Gemeinwohl-Ökonomie. Einige Konzepte sind bereits in Umsetzung – so beruht der Green Deal auf EU-Ebene auf einer Kreislaufwirtschaft mit dem Ziel der Entkopplung des Wirtschaftswachstums vom Ressourcenverbrauch. Der auch in Österreich politisch erwünschte Umstieg auf Kreislaufwirtschaft bedeutet den Übergang zu langlebigen Qualitätsprodukten ohne geplante Obsoleszenz.

All das würde dazu beitragen, die Wirtschaft in einer pluralen Gesellschaft wieder so zu gestalten, wie sie eigentlich gedacht war: als ein Mittel, allen ein gutes Leben zu sichern, ohne die natürlichen Ressourcen zu überfordern. **Dieser Text ist Teil einer Artikelreihe**, die das UniNETZ an dieser Stelle jeden Freitag publiziert. Die Allianz Nachhaltiger Universitäten in Österreich hat 2019 ein Projekt unter dem Titel „UniNETZ – Universitäten und Nachhaltige Entwicklungsziele“ entwickelt.

Web: www.uninetz.com

DIE AUTORINNEN UND AUTOREN

Friedrich Hinterberger arbeitet als Volkswirt an der Universität für angewandte Kunst in Wien
Helga Kromp-Kolb ist emeritierte Universitätsprofessorin für Meteorologie und Klimatologie an der Boku, wo sie auch das Zentrum für Globalen Wandel und Nachhaltigkeit gründete und leitete. Sie war maßgeblich an der Gründung des Climate Change Center Austria (CCCA) sowie der Allianz Nachhaltige Universitäten in Österreich beteiligt und

ist Mitglied des Uni-NETZ-Lenkungs-ausschusses.

Christian Kozina ist Ökonom und war im Projekt UniNETZ für die Koordination des SDG 12 („Nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster“) verantwortlich.

Reinhold Lang ist Professor und Leiter des Instituts Polymeric Materials and Tersting an der JKU Linz.

Nathalie Spittler ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Zentrum für globalen Wandel und Nachhaltigkeit an der Boku.

Bei aller Gelassenheit, es ist zum Heulen!

„Schärfere Maßnahmen in Oberösterreich? Laut Stelzer, nicht auszuschließen“, *diepresse.com*, 17. 11. Der Linzer Bürgermeister Luger appellierte angesichts der eskalierenden Lage an Schulen, in Spitälern und bei den Gesamteinfektionen an Bund und Land, Mut zu zeigen, und erachtete Lockdown und Distance Learning als nicht mehr vermeidbar. Es handelt sich m. M. um die ersten vernünftigen Worte eines ÖÖ-Politikers in dieser Situation. Nie zuvor haben mich Politiker so sehr verärgert und enttäuscht, wie in den vergangenen Tagen. Beispielhaft nenne ich Wilfried Haslauer und Thomas Stelzer.

Grundsätzlich sollte die Bereitschaft eines jeden Politikers, Verantwortung zu tragen, anerkannt werden. Aber leider haben die genannten Politiker und insb. auch deren Kollegen und Kolleginnen aus der Bundespartei in den vergangenen Tagen eine Verantwortungs- und Mutlosigkeit an den

Tag gelegt, die ich für unvorstellbar erachtet habe. Sie „beobachten“ im wahrsten Sinn des Wortes, wie die intensivmedizinische Gesundheitsversorgung, eine der zentralsten Aufgaben und damit Existenzberechtigungen unseres staatlichen Gemeinwesens, in den Kollaps schlittert, und finden in einem Fall sogar noch die Muße für als „zugespitzte Polemik“ bezeichneten Hohn gegenüber Fachleuten.

Bei aller Gelassenheit, es ist zum Heulen!

Jakob Karte, 1170 Wien

Themensetzung nicht Hasardeuren überlassen

Zur Diskussion über Impfungswang
Wenn es um drohende Milliarden-schäden in der Wirtschaft geht, und nicht nur um Sitzplätze in politischen Gremien, sollte es doch eine staatstragende PR- und Werbekampagne zumindest so massiv wie bei diversen Wahlen geben, um den notwendigen Druck für Impfen zu schaffen. Auch Sozialpartner und Kammern

könnten sich da als Stimme der breiten Mehrheit und Vernunft ins Zeug legen, damit die politische Themensetzung nicht so weitgehend „Hasardeuren“ überlassen ist. Es fehlt immer noch jeder Ansatz einer Kampagne in Land und Bund.

Ich bin zurzeit in Paris, hier läuft es viel besser und disziplinierter. Offenbar sind wir doch näher am Balkan als im Westen.
Dr. Arnold Hornbanger, 9020 Klagenfurt

Mangelnde Kontrolle

„Handel (vorerst) ohne starken Umsatzeinbruch“, 16. 11. Heute (17. 11.) war ich (schon dreimal gegen Covid geimpft) in Wien, um einige Einkäufe zu erledigen. In zwei namhaften Modegeschäften in der Inneren Stadt wurde hinsichtlich der 2-G-Regel nicht kontrolliert. Auf meinen Vorhalt wurde mir in beiden Fällen erklärt, dass sie das nicht kontrollieren. Da werden ganz offensichtlich die Verordnungen der Bundesregierung missachtet. Kein

Wunder, dass wir diese Pandemie nicht unter Kontrolle bringen und wegen solcher Nachlässigkeiten womöglich doch noch auf einen Lockdown für alle zusteuern!

Krista Kiene, Perchtoldsdorf

Ein guter Weg

„Ein Viertel wählt Ethik statt Religion“ von Julia Neuhauser, 17. 11. Der schrittweise Auf- und Ausbau von Ethikunterricht-Infrastruktur stellt durchaus eine Verbesserung gegenüber früher dar und geht damit in eine gute Richtung.

MMag. Wilfried Apfalter, Atheistische Religionsgesellschaft in Österreich

Wie wir sehen, hat Einstein recht gehabt

„Lasst uns Impferweigerer mit dem Blasrohr jagen...“, „Quergeschrieben“ von C. Ortner, 12. 11. Prinzipiell haben Sie unrecht. Der Schaden, der durch die viel zu weitverbreitete Weigerung, sich impfen zu lassen, entsteht, ist so hoch (in Geld, Leid, Gefahr und

Schaden für andere und Menschenleben), dass eine allgemeine Impfpflicht schon lang mehr als verhältnismäßig erscheinen muss. Praktisch und pragmatisch ist Ihnen allerdings leider vollkommen recht zu geben. Vom Prinzip kann ich mir nix kaufen, wenn ich's nicht durchsetzen kann.

Wie wir sehen, hat wieder einmal Einstein recht gehabt. Das Universum ist tatsächlich nicht unendlich. Das andere schon.
Priv.-Doz Dr. Andreas Konecny, 8010 Graz

IMPRESSUM: DEBATTE

Leitung: Mag. Anna-Maria Wallner, LL.M.

Twitter: @media_wall

Online: Stefanie Kompatscher

E-Mail: debatte@diepresse.com

Redaktion Leserbriefe:

Henriette Adrigan, Ursula Mayer

E-Mail: leserbriefe@diepresse.com

Debatte Online: diepresse.com/meinung

Debattenbeiträge müssen nicht der Meinung der „Presse“ entsprechen.

Leserbriefe: Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift, desto höher die Chance auf Veröffentlichung.

QUERGESCHRIEBEN

VON CHRISTIAN ORTNER



Sorry, aber kein Mensch baut einen neuen Eisernen Vorhang

Eine kleine Replik auf Wolfgang Böhm's Leitartikel „Die EU zieht sich hinter einen neuen Eisernen Vorhang zurück“ – und eine Rehabilitierung der „Grenze“.

Niemand, der einigermaßen bei Trost ist, wird darüber in Jubel ausbrechen, dass Polen seit Wochen seine EU-Außengrenze zu Weißrussland mit Stacheldraht und Mauern befestigt hat, als Antwort auf die jüngsten Versuche von Migranten, diese Grenze mithilfe von Gewaltanwendung zu durchbrechen. Mehr noch: Der Umstand, dass in großen Teilen Europas die Grenzen bis zum Ausbruch der Pandemie zu bloßen Verwaltungslinien geworden sind, kann man als schönes Stück zivilisatorischen Fortschritts bezeichnen.

Insofern ist nachvollziehbar, dass der geschätzte Kollege Wolfgang Böhm jüngst in dieser Zeitung kritisiert hat, „Die EU zieht sich hinter einen neuen Eisernen Vorhang zurück“, und der Union vorwirft, sie betreibe eine Politik der „Abkehr von einer offenen Gesellschaft“.

So verständlich ist, dass das Herz jedes überzeugten Anhängers dieser offenen Gesellschaft blutete, wenn neue Mauern hochgezogen werden: Historisch ist der Vergleich der heutigen polnischen Grenzzäune mit dem Eisernen Vorhang der kommunistischen Diktaturen etwas sehr gewagt. Um nicht zu sagen: ziemlich ahistorisch.

Denn es ist ein Unterschied, ob ein Staat seine eigene Bevölkerung einmauert und für den Fall der Flucht mit dem Erschießen bedroht, wie das beim Eisernen Vorhang der Fall war – oder aber sein eigenes Territorium vor dem unkontrollierten und gewaltsamen Eindringen von Fremden schützt, die illegal handeln und meinen, ein Bolzenschneider sei tauglicher Ersatz für ein Visum. Es ist in etwa der Unterschied zwischen jemandem, der ein fremdes Kind gegen seinen Willen im Keller gefangen hält – und jemandem anderen, der sein Haus mittels Gartenzauns, Sicherheitstür und Alarmanlage vor Einbrechern zu schützen sucht.

Den Eisernen Vorhang der kommunistischen Diktaturen mit den heutigen Grenzsicherungen demokratischer Rechtsstaaten gleichzusetzen, stellt auch eine gewisse Respektlosigkeit gegenüber den Millionen Opfern dieser Regimes dar. Denn junge Menschen, die jene Diktatu-

ren nur noch aus Opas Erzählungen kennen, können auf die Idee kommen, der Kommunismus und der Eisernen Vorhang seien nicht gar so schlimm gewesen, wenn es sich dabei um so etwas Ähnliches wie heute an der EU-Außengrenze gehandelt hat, wo im schlimmsten Fall Tränengas verschossen wird. Ich bin mir sicher, dass Kollege Böhm eine derartige Verharmlosung und Relativierung der kommunistischen Diktaturen fernliegt – sein Vergleich ist aber leider geeignet, bei historisch weniger Bewanderten genau diese Assoziation hervorzurufen.

Das gilt bis zu einem gewissen Grad auch für seine Bedenken, die Grenzsicherungsanlagen seien Symbol einer „Abkehr von einer offenen Gesellschaft“. Natürlich, da ist Böhm zuzustimmen, sind Mauern und Nato-Stacheldraht als Symbol einer offenen Gesellschaft nicht besonders tauglich. Und trotzdem lehrt uns die Geschichte, dass gerade eine „offene Gesellschaft“ nicht überleben kann, ohne sich ausreichend abzugrenzen gegen Nachbarn oder Eindringlinge, die es mit der „offenen Gesellschaft“ jetzt nicht so stark haben.

Gradezu prototypisch gilt das für einen nicht unerheblichen Teil der Migranten aus der arabischen/islamischen Welt. Dass jemand, der dort sozialisiert worden ist, ohne eigenes Verschulden andere Vorstellungen etwa über Frauen, Homosexuelle, Juden oder über den Stellenwert der Religion hat, wie es einer offenen Gesellschaft angemessen ist, wissen wir spätestens seit 2015 bis ins Detail. Leider ist seither klar geworden: Die teilweise Aufhebung der Grenzen für diese Migrantenströme hat die offene Gesellschaft nicht gestärkt, sondern eher gestresst. Nicht zuletzt dadurch, dass sie eine Art von Immunreaktion hervorgerufen hat, die zum Erstarren rechtsextremer Parteien geführt hat.

„Jedes Plädoyer für Vielfalt, Differenz und Pluralität setzt Grenzen voraus“, sagt Philosoph Konrad Paul Liessmann. Manchmal auch befestigte Grenzen.

E-Mails an: debatte@diepresse.com

Zum Autor:

Christian Ortner ist Kolumnist und Autor in Wien. Er leitet „ortneronline“. Das Zentralorgan des Neoliberalismus“.

Morgen in „Quergeschrieben“:
Anneliese Rohrer